

ANTWORTEN DER SPD

Die Original-Antworten der SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands) auf unsere fünf Fragen
– im Wortlaut, ungekürzt.

FRAGE 1/5 · JUSTIZ & POLIZEI · KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

VERBRECHER JAGEN MIT KI?

UNSERE FRAGE AN DIE PARTEIEN

Justiz und Strafverfolgung arbeiten zunehmend mit automatisierten Datenanalysen und KI-Software.

- a) Welche konkreten KI-Anwendungen wollen Sie in der Strafverfolgung (Polizei und Justiz) einsetzen? Schließen Sie bestimmte Anwendungen ausdrücklich aus?
- b) Wie wollen Sie dabei Transparenz und die Rechte unbeteiligter Dritter schützen?



Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Beim Einsatz von KI prüfen wir Nutzen und Risiken sorgfältig in jedem Einzelfall und evaluieren die Anwendungen regelmäßig. In diese Prozesse binden wir Sicherheitsbehörden, Zivilgesellschaft und digitale Bürgerrechtsorganisationen ein. Im Zusammenhang mit automatisierten Massendatenanalysen setzen wir uns für eine souveräne europäische Lösung ein. Den Einsatz von Software intransparenter und datenschutzrechtlich bedenklicher Hersteller wie Palantir lehnen wir für Berlin entschieden ab. Wir unterwerfen KI-Anwendungen einer regelmäßigen parlamentarischen Kontrolle. Die Einstufung kriminalitätsbelasteter Orte unterliegt ebenfalls einer solchen Kontrolle. Grundrechte und Datenschutz setzen wir als verbindliche Leitplanken. Unbeteiligte Dritte schützen wir, indem wir verdachtsunabhängige Überwachungsmaßnahmen ausschließen und Anwendungen nur dann zulassen, wenn sie einem klar definierten, verhältnismäßigen Zweck dienen und evaluiert werden. Wir halten am klaren Verbot von Racial Profiling fest.

BELEBTE PLÄTZE, (UN)SICHERE PLÄTZE?

UNSERE FRAGE AN DIE PARTEIEN

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie an belebten und beliebten öffentlichen Plätzen, die oft auch „kriminalitätsbelastete Orte“ (kbo) sind, die Sicherheit erhöhen?

Bitte nennen Sie die drei wichtigsten Maßnahmen und begründen diese.



Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Erstens: Prävention und soziale Infrastruktur stärken. Sicherheit entsteht nicht allein durch Polizeipräsenz. Wir setzen auf Streetwork, Sozialteams und Community Policing. Die Polizei verbindet Strafverfolgung und Gefahrenabwehr mit Bündnisarbeit in der Zivilbevölkerung. Das stärkt das Vertrauen aller Communities in die Sicherheitsbehörden.

Zweitens: Evidenzbasierte Kriminalpolitik und parlamentarische Kontrolle. Die Einstufung kriminalitätsbelasteter Orte unterziehen wir einer regelmäßigen parlamentarischen Kontrolle. Maßnahmen an kbo müssen auf Wirksamkeit geprüft sein. Berlin soll Wegweiser einer evidenzbasierten Sicherheits- und Kriminalpolitik werden.

Drittens: Städtebauliche Kriminalprävention und Aufenthaltsqualität. Belebte Plätze werden sicherer, wenn sie attraktiv und gut beleuchtet sind und soziale Angebote vorhanden sind. Wir nutzen Strategien der städtebaulichen Kriminalprävention und verbessern die Aufenthaltsqualität gezielt. Für mehr Sicherheit und Sauberkeit setzen wir auf zusätzliches Personal, darunter Sozialteams, und ermöglichen flexible Nachtbushaltestellen und besser beleuchtete Haltestellen.

WELCHES POLIZEIGESETZ BRAUCHT BERLIN?

UNSERE FRAGE AN DIE PARTEIEN

Wo sehen Sie nach der umfassenden Novelle des ASOG 2025 dringenden Reformbedarf?

Bitte nennen Sie die drei wichtigsten Gesetzesänderungen und begründen diese.



Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Das ASOG Berlin wurde in zwei Schritten den heutigen Erfordernissen angepasst nach langen Überlegungen unter Einbeziehung der zuständigen Stellen. Wir wollen erst einmal die Wirksamkeit der Veränderungen abwarten und beobachten. Erfolge zeigt die neue Regelung bereits bei der sogenannten Fußfessel und dem verlängerten Vorsorgegewahrsam. Die Möglichkeiten moderner Überwachung digitaler Austausche ist ein Schritt in die richtige Richtung.

VERFASSUNGSSCHUTZ ABSCHAFFEN?

UNSERE FRAGE AN DIE PARTEIEN

- a) Befürworten Sie eine Abschaffung des Berliner Verfassungsschutzes? Bitte begründen Sie Ihre Antwort.
- b) Welche konkreten Maßnahmen zur Stärkung der parlamentarischen und gerichtlichen Kontrolle des Verfassungsschutzes wollen Sie in der nächsten Legislaturperiode ergreifen?



Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Nein. Die SPD Berlin befürwortet keine Abschaffung des Berliner Verfassungsschutzes. Sicherheitsbehörden, Verfassungsschutz und Zivilgesellschaft leisten gemeinsam einen wichtigen Beitrag, um extremistische Bestrebungen frühzeitig zu erkennen und die wehrhafte Demokratie zu schützen. Angesichts wachsender Bedrohungen durch Rechtsextremismus, islamistischen Extremismus und andere verfassungsfeindliche Kräfte brauchen wir einen handlungsfähigen Verfassungsschutz. Wir stärken ihn durch klare rechtsstaatliche Leitplanken und wirksame Kontrolle. Wir setzen auf Transparenz bei Berichten und Einstufungen und binden die Zivilgesellschaft in Evaluierungsprozesse ein. KI-Anwendungen des Verfassungsschutzes unterwerfen wir denselben strengen Prüfmaßstäben wie alle anderen Sicherheitsbehörden: Nutzen, Risiken und Grundrechtskonformität werden in jedem Einzelfall geprüft und regelmäßig evaluiert. Mit dem kürzlich in Kraft getretenen neuen Gesetzes für den Berliner Verfassungsschutz haben wir die Rechtsgrundlagen von Verfassungsschutzmaßnahmen den aktuellen Entwicklungen, vor allem in Hinsicht auf Entwicklungen im IT- und Social-Media-Bereich, geschaffen.

BESSERES LEBEN IM GEFÄNGNIS?

UNSERE FRAGE AN DIE PARTEIEN

- a) Sind Sie für eine Aufhebung der Strafantragspflicht im Berliner Vollzugsvertrag in der nächsten Legislaturperiode?
- b) Was sind Ihre drei wichtigsten Vorhaben zur Verbesserung des Strafvollzugs und zur Resozialisierung?



Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Wir verstärken gezielt die Arbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft gegen Wirtschaftskriminalität wie Geldwäsche, Steuerhinterziehung, Schwarzarbeit und Korruption. Kriminell erworbenes Vermögen schöpfen wir konsequent ab. Zugleich nehmen wir organisierte Kriminalität, Banden- und Cyberkriminalität stärker in den Blick. Mafiöse organisierte Kriminalität zeigt sich in Berlin auch in Form von systematischer Ausbeutung und Einschüchterung, etwa durch Schutzgelderpressung, Arbeitsausbeutung, Zwangsprostitution oder kriminelle Netzwerke in einzelnen Branchen. Wir stärken deshalb spezialisierte Ermittlungsstrukturen bei Polizei und Staatsanwaltschaft, verbessern zudem den Schutz sowie die Beratung für Betroffene. Gewalt gegen Frauen, queerfeindliche Übergriffe und andere Formen von Hasskriminalität bekämpfen wir entschlossen – egal, ob sie online oder offline stattfinden. Die Bekämpfung organisierter Kriminalität mit allen rechtsstaatlichen Mitteln ist seit Jahren ein Kernanliegen der SPD. Dazu gehört gerade auch die Abschöpfung illegalen Vermögens. Eine Beweislastumkehr kann dabei ein wirksames Instrument sein, ihre verfassungskonforme gesetzliche Verankerung und konkrete Umsetzung ist allerdings herausfordernd.

Wir setzen darüber hinaus auf einen Strafvollzug, der Sicherheit und Resozialisierung verbindet. Intensivtäter verbleiben im geschlossenen Vollzug, Radikalisierung in Haft unterbinden wir konsequent. Ersatzfreiheitsstrafen, die oft sozial Schwächere treffen, ersetzen wir schrittweise durch soziale Arbeit. Neben der Gefängnisseelsorge durch die beiden großen christlichen Kirchen soll auch u.a. die humanistische Seelsorge in Gefängnissen die gleichen – auch haushalterischen – Möglichkeiten erhalten.

Ausbildung, Arbeit und Täter-Opfer Ausgleich stärken wir gezielt. Auf Bundesebene setzen wir uns weiter für die Entkriminalisierung des Schwarzfahrens ein. Der Wegfall der Strafantragspflicht seitens der Verkehrsbetriebe wäre ein erster Schritt, gelingt aber am besten auch bundesweit.

Ersatzfreiheitsstrafen, die oft finanziell Schwächere treffen, ersetzen wir schrittweise durch

Die Antworten der im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien – Die Linke, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, AfD – sind ein Teil der Wahlprüfsteine der Bürgerrechtsorganisation Humanistische Union Berlin-Brandenburg.

Alle Parteiantworten, die Positionen der HU dazu und Informationen über unsere Veranstaltungen im Wahlkampf finden Sie hier: www.wahl26.berlin

Weitere Informationen über die HU Berlin-Brandenburg finden Sie hier: berlin.humanistische-union.de

Politische Arbeit kostet Geld. Spenden können von der Steuer abgesetzt werden.

Unsere Bankverbindung:

Konto IBAN: DE233702050000003074230

BIC: BFSWDE33XXX (SozialBank)